

Produkt : Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung; Produkt-Nr. 31.1.60

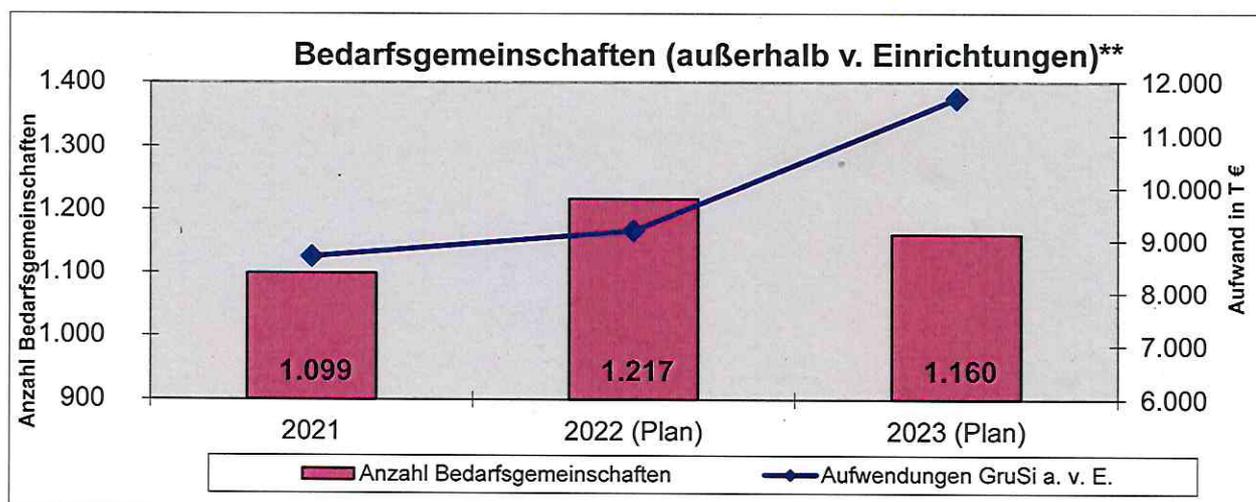
Organisatorische Zuordnung : Dezernat III Sozialamt (50)

Rechtsgrundlage : Pflichtaufgabe nach dem 4. Kapitel des SGB XII

Kurzbeschreibung: Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhalten Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder voll erwerbsgemindert sind und ihren Lebensunterhalt nicht aus ihrem Einkommen oder Vermögen sicherstellen können. Die Hilfe umfasst neben dem jeweiligen Regelsatz auch Leistungen für Unterkunft und Heizung in angemessener Höhe. Daneben können noch Mehrbedarfe (z.B. wegen kostenaufwändiger Ernährung) oder einmalige Beihilfen gewährt werden. Der Bund beteiligt sich seit 2014 zu 100% an den Aufwendungen für die Grundsicherung.

| Aufwendungen und Erträge | Ergebnis 2021 | Plan 2022 | Plan 2023 |
|---------------------------------|----------------------|------------------|-------------------|
| ord. Aufwendungen: | 9.493.999 | 9.916.000 | 12.461.000 |
| außerhalb von Einrichtungen | 8.898.172 | 9.200.000 | 11.700.000 |
| innerhalb von Einrichtungen | 593.887 | 716.000 | 761.000 |
| ord. Erträge | 9.498.447 | 9.905.800 | 12.451.300 |
| Kostenbeiträge/Ersatzleistungen | 276.057 | 78.500 | 78.500 |
| Kostenerstattung Bund | 9.252.089 | 9.830.000 | 12.350.000 |
| Saldo: | 4.448 | -10.200 | -9.700 |

Mit dem Inkrafttreten der dritten Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ab 2020 erfolgte eine komplette Neuordnung der Zuständigkeit der Leistungen der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe, was auch Auswirkungen auf die Grundsicherung hat. Neu ist u. a. das Prinzip der Nettoverbuchung der Aufwendungen.



Durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) und die damit zusammenhängende Änderung bei den Zuständigkeiten (örtlicher und überörtlicher Träger) sowie den Wegfall des stationären Einrichtungsbegriffes in der Eingliederungshilfe sind die Fall-/Kennzahlen ab 2020 neu zu definieren.

Produkt:**Hilfe zur Pflege****Produkt-Nr. 31.1.80**

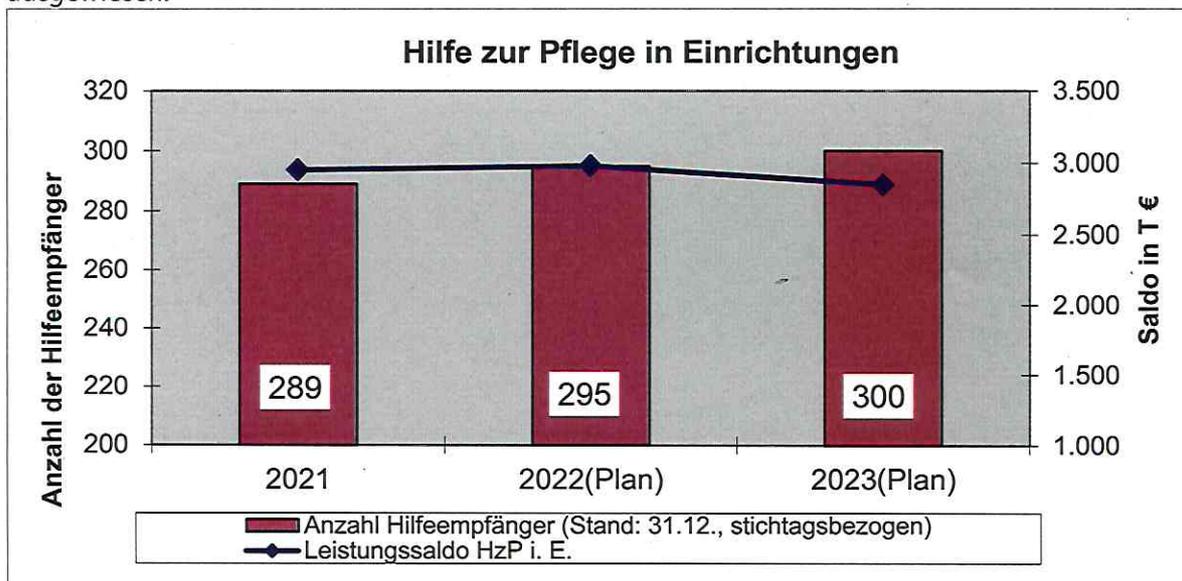
Organisatorische Zuordnung: Dezernat III Sozialamt (50)

Rechtsgrundlage: Pflichtaufgabe nach dem 7. Kapitel des SGB XII

Kurzbeschreibung: Die Hilfe zur Pflege umfasst insgesamt die häusliche Pflege, Hilfsmittel, teilstationäre Pflege, Kurzzeitpflege und stationäre Pflege. Für die nicht stationär untergebrachten Personen ist die Aufgabenerledigung durch Satzung auf die Stadt / die Gemeinden delegiert worden.

| Aufwendungen und Erträge | Ergebnis 2021 | Plan 2022 | Plan 2023 |
|---|-------------------|-------------------|-------------------|
| ord. Aufwendungen: | 3.698.404 | 3.793.900 | 3.690.800 |
| davon: | | | |
| innerhalb von Einrichtungen | 2.925.528 | 2.981.800 | 2.850.700 |
| außerhalb von Einrichtungen | 772.876 | 785.100 | 840.100 |
| ord. Erträge* | 87.469 | 41.200 | 48.100 |
| davon: | | | |
| Kostenerstattungen durch das Land | 0 | 0 | 0 |
| Kostenbeitr./Unterhalt/Ersatzleistungen.... | 87.469 | 15.200 | 22.100 |
| Saldo: | -3.610.935 | -3.752.700 | -3.642.700 |

* Bis einschl. 2019 gab es nach § 14b I Nds. AG SGB XII eine Kostenbeteiligung des Landes an den Kosten der vollstationären Dauerpflege. Mit den Neuregelungen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Nds. (Nds. AG SGB IX/XII) ist diese vg. Kostenbeteiligung entfallen und ist in den neuen Kostenerstattungsregelungen des BTHG / AG SGB IX/XII mit aufgenommen worden, so dass sie in diesem Produkt nicht mehr enthalten ist. Die Landeserstattung ist nun im neuen Produkt 31.4 Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) ausgewiesen.



Produkt: Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II**Produkt-Nr. 31.2**

Organisatorische Zuordnung: Dezernat III Jobcenter Ammerland (56)

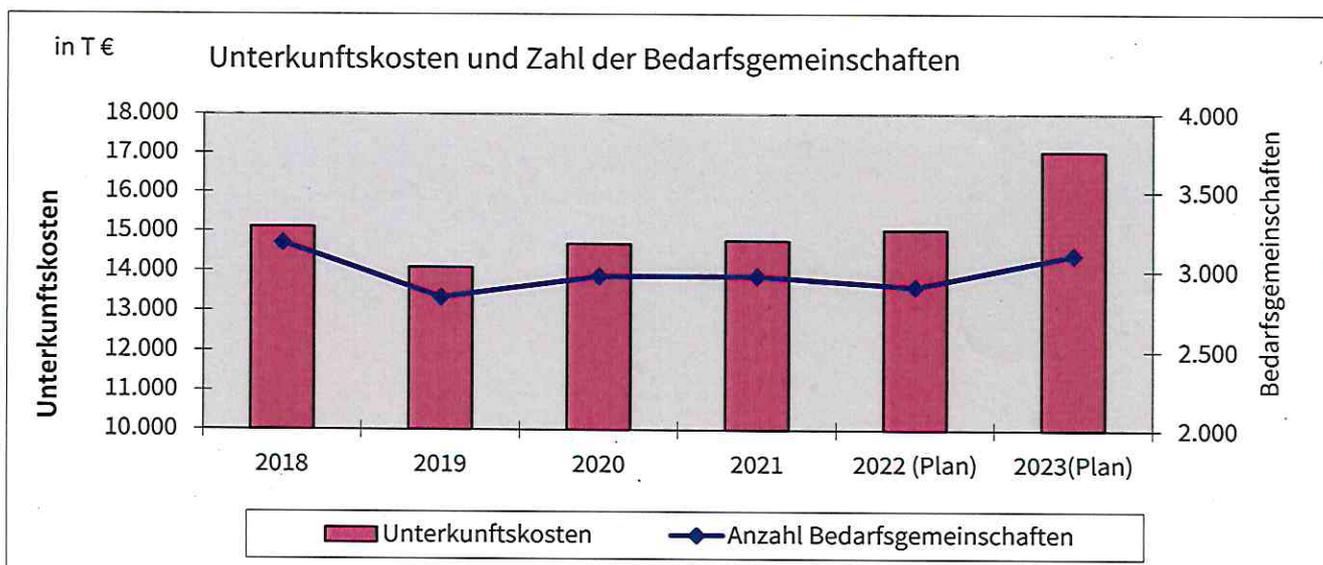
Rechtsgrundlage: Pflichtaufgabe nach dem SGB II

Kurzbeschreibung: Der Landkreis Ammerland ist seit dem 1.1.2005 als Optionskommune für die Betreuung und Vermittlung von erwerbsfähigen Langzeitarbeitslosen zuständig. Aufgabenschwerpunkte sind die Eingliederung in den Arbeitsmarkt sowie die Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes.

| Aufwendungen und Erträge | Ergebnis 2021 | Plan 2022 | Plan 2023 |
|------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| ord. Aufwendungen: | 49.715.332 | 51.392.800 | 55.865.700 |
| davon: | | | |
| Arbeitslosengeld II | 13.745.188 | 15.000.000 | 16.000.000 |
| Sozialgeld, Mehrbedarfe | 1.400.305 | 1.755.000 | 1.860.000 |
| Unterkunftskosten | 14.716.132 | 15.000.000 | 17.500.000 |
| Sozialversicherungsbeiträge | 6.527.128 | 6.925.000 | 7.015.000 |
| Eingliederungsleistungen | 4.705.837 | 4.815.000 | 4.215.000 |
| Verwaltungs-/Personalkosten* | 6.343.232 | 6.482.400 | 7.147.900 |
| ord. Erträge | 43.801.274 | 44.606.100 | 47.503.900 |
| Erstattungen des Bundes | 34.923.373 | 35.999.500 | 38.732.800 |
| Landesbeteiligung** | 1.506.681 | 1.055.000 | 527.500 |
| Rückflüsse/sonst. Erträge | 7.371.220 | 7.551.600 | 8.243.600 |
| Saldo: | -5.914.059 | -6.786.700 | -8.361.800 |

*Im Jahr 2023 ist der Umzug des Jobcenters in das neue Verwaltungsgebäude, Lange Str., Westerstede geplant. Der Ansatz für die Miete wurde erhöht, da der Mietpreis höher und die Bürofläche größer sein werden als am bisherigen Standort. Ebenso wurden höhere EDV-Kosten (Zunahme der Cloud-Entgelte) veranschlagt.

**Die Landesbeteiligung wird aufgrund der Vorgaben des Landes beim Produkt 61.1.00 (Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen) verbucht. Ab 2024 entfällt die Landesbeteiligung für den SGB II-Bereich.



Produkt:

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Produkt-Nr. 31.3.00

Organisatorische Zuordnung: Dezernat III

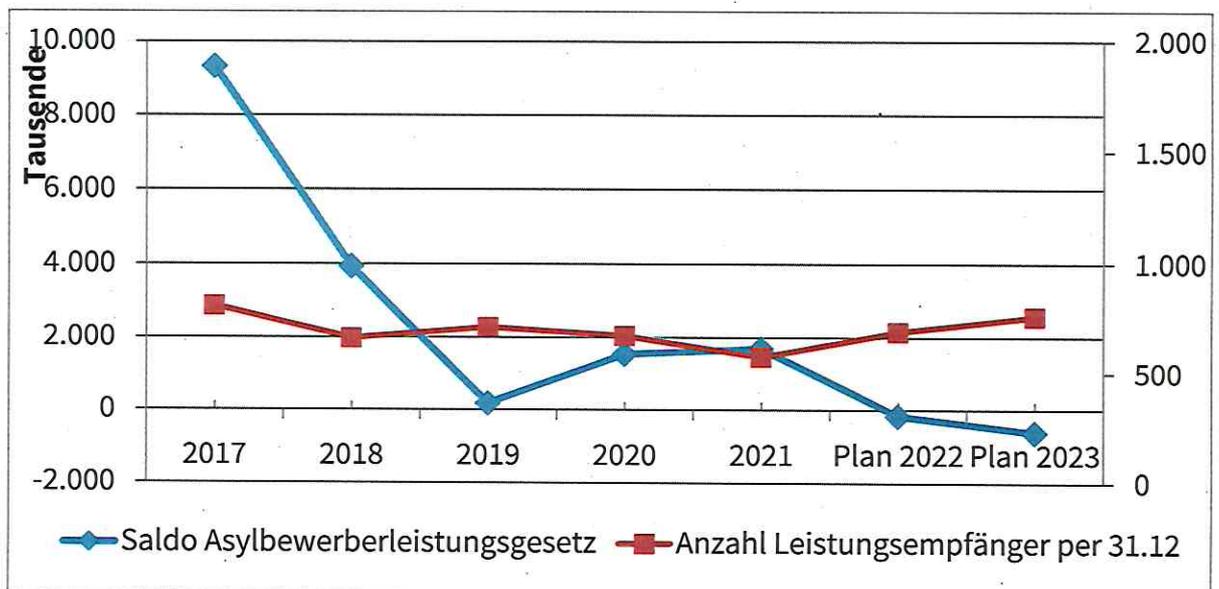
Sozialamt (50)

Rechtsgrundlage: Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Kurzbeschreibung: Durch die Leistungen nach dem AsylbLG wird der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgütern der Leistungsberechtigten gedeckt. Die Leistungen werden in Form von Wertgutscheinen, Geld- und Sachleistungen erbracht.

| Aufwendungen und Erträge | Ergebnis 2021 | Plan 2022 | Plan 2023 |
|--------------------------|------------------|-----------------|-----------------|
| Aufwendungen: | 6.460.738 | 8.266.800 | 9.238.000 |
| Erträge: | 8.165.738 | 8.107.900 | 8.627.700 |
| Saldo: | 1.705.000 | -158.900 | -610.300 |

Aufgrund der erwarteten Zunahme der Fallzahlen (Flüchtlinge aus Ländern außerhalb der Ukraine) und dem Zeitversatz bei der Landeserstattung wird von einem höheren Saldo in 2023 ausgegangen. Die Erträge und Aufwendungen für den Betrieb der zentralen Flüchtlingsunterkunft im Ammerland sind im bei den anderen Produkten im Teilhaushalt des Sozialamtes ausgewiesen (31.5.50 Soziale Einrichtungen für Flüchtlinge / Aussiedler / Asylbewerber).



Produkt: Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX)
Produkt-Nr. 31.4

Organisatorische Zuordnung: Dezernat III Sozialamt (50)

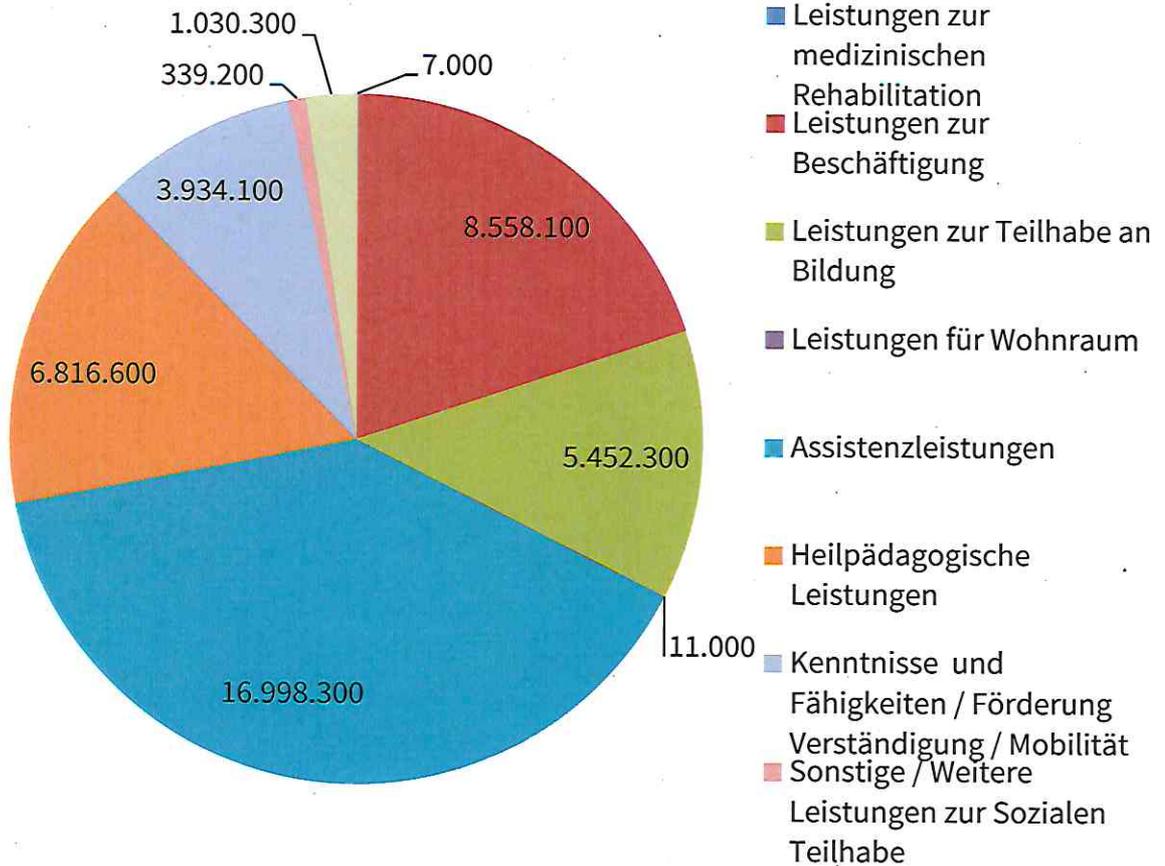
Rechtsgrundlage: Pflichtaufgabe nach dem SGB IX und Schwerbehindertengesetz

Kurzbeschreibung: Zum 01.01.2020 wurde die bisherige Eingliederungshilfe aus dem SGB XII herausgelöst und in ein eigenständiges SGB IX überführt. Damit tritt dann die dritte Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Kraft. Die bisherigen Unterscheidungen zwischen ambulanten, teilstationären und vollstationären Leistungen der Eingliederungshilfe werden aufgegeben. Es ergeben sich neue Hilfen und Hilfebezeichnungen. Die Eingliederungshilfe umfasst dann Leistungen wie zum Beispiel Leistungen zur Teilhabe an Bildung, Leistungen für Wohnraum, Assistenzleistungen, Leistungen zur Beschäftigung und soziale Teilhabe.

| Aufwendungen und Erträge | 2021 | Plan 2022 | Plan 2023 |
|---|-------------------|-------------------|-------------------|
| ord. Aufwendungen | 38.180.389 | 41.687.700 | 44.143.700 |
| davon | | | |
| Leistungen zur medizinischen Rehabilitation § 109 SGB IX | 0 | 7.000 | 7.000 |
| Leistungen zur Beschäftigung § 111 SGB IX | 7.681.194 | 8.229.100 | 8.558.100 |
| Leistungen zur Teilhabe an Bildung § 112 SGB IX | 3.977.471 | 4.921.300 | 5.452.300 |
| Leistungen für Wohnraum § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 77 SGB IX | 1.123 | 9.600 | 11.000 |
| Assistenzleistungen § 113 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. § 79 SGB IX | 16.200.733 | 17.438.300 | 16.998.300 |
| Heilpädagogische Leistungen § 113 Abs. 2 Nr. 3 i.V.m. § 79 SGB IX | 5.649.620 | 5.891.500 | 6.816.600 |
| Kenntnisse und Fähigkeiten/ Förderung Verständigung/ Mobilität | 3.622.473 | 3.767.100 | 3.934.100 |
| Sonstige/ Weitere Leistungen zur Sozialen Teilhabe | 256.534 | 555.700 | 339.200 |
| Verwaltung der Eingliederungshilfe nach SGB IX (Verw., Betr. Anspruchsber.) | 791.236 | 868.100 | 1.030.300 |
| ord. Erträge* | 31.667.038 | 31.700.400 | 35.939.200 |
| Saldo | 6.513.351 | 9.987.300 | 8.204.500 |

**Durch die Neuregelung zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) greift ab dem Haushaltsjahr 2020 in Niedersachsen eine neue Kostenerstattungsregelung. Die bisherige Kostenerstattung im Rahmen des Quotalen Systems gibt es nicht mehr. Das neue Abrechnungs- und Erstattungssystem mit dem Land Nds. wird zukünftig über das Produkt 31.4 „Eingliederungshilfe nach dem SGB IX“ abgewickelt und ausgewiesen. Die vg. Erträge beinhalten daher im Wesentlichen die eingeplante Landeserstattung. Mit dem Anstieg der Aufwendungen steigen auch die Erstattungsleistungen des Landes. Zudem konnten aufgrund der nun vorliegenden Erfahrungswerte aus den Jahren 2020-2022 und den neuen Quotenregelungen höhere Zuwächse bei den Ertragsansätzen der Landesbeteiligung eingeplant werden.*

Aufwendungen der Eingliederungshilfe nach SGB IX



Produkt: Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)**Produkt-Nr. 56.4**

Organisatorische Zuordnung: Dezernat III Jobcenter Ammerland (56)

Rechtsgrundlage: Pflichtaufgabe nach dem SGB II (seit 2011)

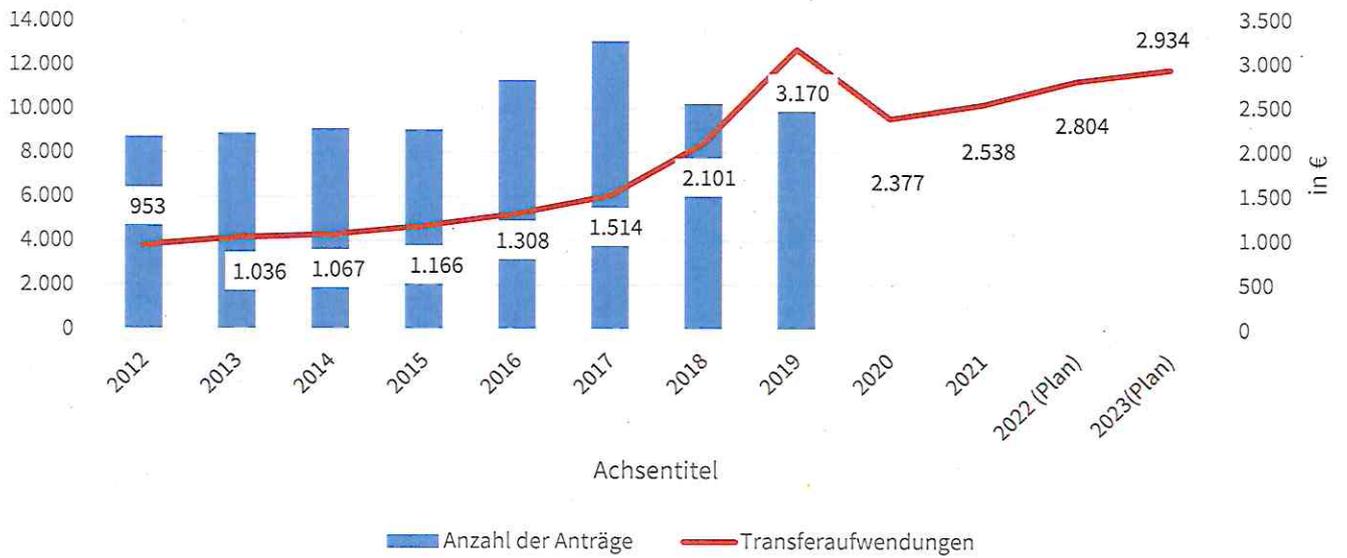
Kurzbeschreibung: Das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) fördert und unterstützt bedürftige Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus Familien mit geringem Einkommen. Anspruchsberechtigt sind Kinder und Jugendliche aus Familien, die Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Kindergeldzuschlag oder Wohngeld beziehen. Zu den Leistungen zählen u. a. Schulbedarf, Lernförderung sowie Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Die Aufwendungen für das BuT werden dem Landkreis vom Bund erstattet, wobei der Bund über das Land zunächst nur Abschläge an den Landkreis zahlt. Die nicht kostendeckenden Abschläge für das BuT betragen 6,95 % von den Kosten der Unterkunft.

| Aufwendungen und Erträge* | Ergebnis 2021 | Plan 2022 | Plan 2023 |
|------------------------------------|----------------------|-------------------|-------------------|
| Aufwendungen | 2.857.956 | 3.179.200 | 3.304.500 |
| davon | | | |
| Personalkosten | 260.555 | 313.800 | 301.700 |
| Schulbasispaket (lfd. Schulbedarf) | 316.063 | 317.000 | 349.000 |
| Klassenfahrten/Tagesausflüge | 18.096 | 84.000 | 112.500 |
| Mittagessen in Mensen | 122.920 | 134.500 | 198.000 |
| Schülerbeförderung | 20.514 | 37.000 | 31.000 |
| Lernförderung | 2.015.354 | 2.180.000 | 2.195.000 |
| Teilhabe und Bildung | 44.763 | 54.000 | 48.000 |
| Erträge | | | |
| Bundesbeteiligung BUT** | 1.166.040 | 2.022.000 | 2.163.000 |
| Saldo BUT | -1.691.916 | -1.157.200 | -1.141.500 |

*mit interner Leistungsverrechnung

**Im Bereich des Bildungs- und Teilhabepaketes hat sich das Erstattungsverfahren durch den Bund und das Land maßgeblich geändert. Bis 2020 wurden dem Landkreis die Aufwendungen in diesem Aufgabenbereich komplett erstattet. Dazu leitete das Land Niedersachsen nicht nur die dafür vorgesehenen Bundesmittel weiter, sondern erstattete darüber hinaus Aufwendungen aus dem Landeshaushalt, da die Bundesmittel nicht auskömmlich waren. Ab 2021 erstattet das Land nur noch in Höhe der Bundesmittel, so dass bei den Erträgen mit Mindereinnahmen gerechnet wird.

Bildungs- und Teilhabepaket



Durch das „Starke-Familien-Gesetz“ ab 01.08.2019 sind keine gesonderten Anträge im Bildungs- und Teilhabebereich mehr erforderlich. Daher können ab 2020 keine Fallzahlen mehr in Relation gestellt werden.